



Wenn an Gesetzen herumgewerkelt wird, treffen verschiedenste Interessen aufeinander. A. DELLA BELLA / KEYSTONE

## Wider die Regulierungsflut

*Das obligatorische Gesetzesreferendum sowie mehrfache parlamentarische Lesungen von Gesetzen mindern den Einfluss von Partikularinteressen. Gastkommentar von Simon Lüchinger und Mark Schelker*

Männer reden viel zu wenig. Über ihre Emotionen und ihre Kränkungen und Probleme. Aber auch über sich selbst im Sinne von Selbstreflexion und Selbstwertschutz. In den Medien sprechen Frauen mehr über Männer als Männer über Männer. Die entsprechenden Artikulationen sind dementsprechend oft wenig respektvoll und in den letzten Jahren zunehmend extrem und verallgemeinernd. Wenn über Männer gesprochen wird, dann geschieht dies in den Medien fast nur noch in negativer, abwertender Weise und voller Hetze. Über Frauen so zu berichten, wäre inzwischen völlig undenkbar.

Die kanadischen Forscher Paul Nathanson und Katherine K. Young haben dies schon seit den 1990er Jahren beobachtet. Sie beschreiben, wie diese Stimmung als Misandrie (Verunglimpfung und Hass gegenüber Männern) mehr und mehr gesellschaftsfähig wurde, von bestimmten feministischen Zirkeln aktiv verbreitet wurde und sich schliesslich in den Medien fest etablierte. Es gehört inzwischen in den Leitmedien zum «guten Ton», Frauen positiv und als Opfer, Männer negativ und als – zumindest potenzielle – Täter darzustellen.

Heute stellt Mannsein in weiten Bereichen ein Geschlechtsstereotyp für Toxizität, mangelnde Sensibilität, Gewalttätigkeit und emotionale Zurückgebliebenheit dar. Dabei ist eigentlich nicht ein Zuviel an Männlichkeit das Problem, sondern ein Zuwenig an echter Männlichkeit auf der Basis von Mitgefühl, Beschützerinstanz und Stärke.

Es ist heutzutage nötig, sich als Mann für Männer zu artikulieren, Stärken, Schwächen und Probleme von Männern aufzuzeigen, zu reflektieren, die ausser Rand und Band geratene öffentliche Diskussion zurechtzurücken und – vor allem – der nachwachsenden Generation von Jungen im Chaos von Verunglimpfung und Extremisierung zu helfen.

Die vor allem in links-grünen Kreisen vielbeschworene «kritische Männlichkeit» macht Männer eher mundtot, negiert ihre intrapsychischen

## Männer, Männlichkeit und Misandrie

*Die vor allem in links-grünen Kreisen vielbeschworene «kritische Männlichkeit» zielt auf eine ideologische Anpassung und zementiert ein stereotypes Männerbild. Es braucht den Mut zur Gegenrede. Gastkommentar von Michael Klein*

Konflikte mit radikalfeministischen Entwicklungen und zielt auf ideologische Anpassung. Richtig wäre es, Männern Wege zur gelingenden Bewältigung der Anforderungen der modernen, hochdifferenzierten, digitalen Welt aufzuzeigen, statt sie in platte Schablonen zu pressen.

Dass Männer über Frauen in der Öffentlichkeit oder den Medien sprechen, geschieht so gut wie gar nicht mehr. Dies gilt als patriarchalisch, übergriffig und misogyn. Männer haben daher – zu Recht – Angst, sich diesbezüglich zu artikulieren. Damit ist der Diskursraum zwischen den Geschlechtern

Weitherum wird die «steigende Flut von Paragrafen» beklagt. Das damit verbundene «wachsende Unbehagen über die eidgenössische Rechtsetzungseuphorie ist in den letzten Jahren verschiedentlich auch in parlamentarische Vorstösse umgesetzt worden». Vorschläge zur Eindämmung der Regulierungsflut reichen von Regulierungsbudgets über Verfallsdaten für Gesetze und One-in-one-out-Regeln bis hin zu vermehrten Regulierungsfolgenabschätzungen. Diese Diskussionen kulminierten auf eidgenössischer Ebene zuletzt in der Verabschiedung des Unternehmensentlastungsgesetzes.

### Regulierung von Partikularinteressen

Die Initiativen sind zwar wichtig und richtig, vor allzu grossen Erwartungen in Bezug auf die Wirksamkeit solcher Massnahmen sollten wir uns allerdings hüten. Weder die Bedenken über die wachsende Gesetzgebungsaktivität noch die genannten Vorschläge sind neu. So stammen die eingangs zitierten Passagen aus Ausgaben der NZZ aus den Jahren 1950 und 1975. Viele Massnahmen zielen auf die Symptome ab, statt die Ursachen zu beheben.

Eine Ursache kann ein zunehmender Regulierungsbedarf aufgrund immer neuer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen sein. Eine andere, problematischere Ursache dürfte die Bedienung von Partikularinteressen im politischen Prozess sein.

Politikerinnen und Politiker sind fortwährend mit unzähligen Anliegen von ihnen nahestehenden Interessengruppen konfrontiert. Es ist natürlich, dass sie diese in den politischen Prozess einbringen und vertreten. Dank gegenseitiger Unterstützung in fragilen Koalitionen gelingt es ihnen immer wieder, auch enge Interessengruppenanliegen in Gesetze zu giessen.

Beide Ursachen führen zu regulatorischer Aktivität im politischen Prozess. Die grosse Herausforderung ist, Regulierung von Spezialinteressen zu vermeiden, ohne die notwendigen und fruchtbaren regulatorischen Anpassungen zu verhindern. Hier ist der politische Entscheidungsprozess zentral: Politische Institutionen, die breite und stabile Mehrheiten erfordern, schmälern selektiv die Erfolgsaussichten enger Spezialinteressen und der damit verbundenen unerwünschten Regulierungsaktivität. Einige Schweizer Kantone kennen zwei Institutionen, die genau dies leisten: das obligatorische Gesetzesreferendum und mehrfache parlamentarische Lesungen von Gesetzen. Das obligatorische Gesetzesreferendum erfordert die Zustimmung einer breiten Bevölkerungsmehrheit. Die Pflicht zur mehrfachen parlamentarischen Behandlung von Gesetzen an verschiedenen Tagen erfordert stabile Parlamentsmehrheiten.

Gemäss unserer Forschung zur Regulierungsaktivität in den Kantonen sind diese beiden Institutionen tatsächlich wirksam: Schafft ein Kanton das obligatorische Gesetzesreferendum ab, so steigt die Zahl jährlich geänderter Gesetzeserlasse um durchschnittlich rund 50 Prozent. Das Erfordernis, dass Gesetzesänderungen vom Parlament an mindestens zwei unterschiedlichen Tagen debattiert

Schafft ein Kanton das obligatorische Gesetzesreferendum ab, so steigt die Zahl jährlich geänderter Gesetzeserlasse um durchschnittlich rund 50 Prozent.

werden müssen, dämpft die Gesetzgebungsaktivität ebenfalls, auch wenn die Evidenz hier weniger gut gesichert ist.

### Messbare Effekte

Die Einführung oder die Abschaffung dieses Erfordernisses verändert die Zahl jährlich geänderter Erlasse durchschnittlich um etwas unter 10 Prozent. Wie sind diese Effekte zu interpretieren? Die Zunahme der Gesetzgebungsaktivität infolge der Abschaffung des obligatorischen Gesetzesreferendums konzentriert sich wesentlich auf zwei Rechtsgebiete, in denen der Einfluss wirtschaftlicher Spezialinteressen gross sein dürfte. Es sind die Rechtsgebiete, in denen der Staat sich selbst oder die Finanzen, Steuern und öffentlichen Unternehmen reguliert.

In anderen Rechtsgebieten, in denen der Einfluss wirtschaftlicher Spezialinteressen weniger offensichtlich ist oder die Kantone keine zentrale Rolle spielen, finden wir keine dauerhaften Veränderungen. Dem obligatorischen Gesetzesreferendum scheint es also zu gelingen, Spezialinteressenregulierung zurückzubinden, ohne notwendige Anpassungen zu verhindern.

Führen die Einschränkungen bei der Gesetzgebung vielleicht einfach dazu, dass die Politik mehr auf Verordnungsebene regelt, Gesetze seltener, dafür aber umfangreicher anpasst oder auf die Finanzpolitik ausweicht? Wir finden keine derartigen Verlagerungseffekte. Es ist somit davon auszugehen, dass sich die Auseinandersetzung mit den grundlegenden politischen Entscheidungsregeln zur Behebung der Ursachen der Regulierungsflut eher lohnt als weiterer Aktivismus bei der Symptombekämpfung.

Simon Lüchinger und Mark Schelker sind Professoren für Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Luzern und Freiburg i. Ü. Die detaillierte Studie wird im «Journal of Law and Economics», 70(3), erscheinen.

viele – vor allem männliche – Wissenschaftler tunlichst davon Abstand nehmen – es könnte ein Karrierekiller werden.

Der moderne Mann wird als Mängelwesen porträtiert. Ein Wesen, das ständig korrigiert, therapiert und umerzogen werden muss. Das ist jedoch keine wissenschaftliche Erkenntnis, sondern politisch motivierte Propaganda. Dies zu erkennen, ist der erste Schritt zur Veränderung. Männer sind anders als Frauen, jeder Mann ist anders als andere Männer.

Der Blick muss sich wieder auf die Ressourcen richten, die Männer und Frauen gemeinsam, aber auch in ihrer Unterschiedlichkeit aufweisen. Die meisten Männer und Frauen sind gut. Männer und Frauen sind es zunehmend leid, in den Medien gegeneinander aufgehetzt zu werden. Dort wo Probleme bestehen, sollten diese benannt und gelöst werden mit einem ideologiefreien Ansatz. Denn die wachsende Misandrie ist vor allem auch ein Problem für Knaben und junge Männer. Sie kann zur Selbstwertkrise führen, zu Depression oder zu Radikalisierung. Misandrie sorgt aber nicht nur für pauschale Entwertung eines ganzen Geschlechts, sondern auch für Schweigen und Sprachlosigkeit.

Dabei müsste der Kern eines tugendhaften Lebens für Männer thematisiert werden. Wahre Männlichkeit kann für Mut, Disziplin, Gerechtigkeit, Weisheit und Mässigkeit stehen. Männer müssen und können sich selbst aus der Misere der misandrischen Gegenwart befreien. Nur so geht es: Bewusstsein entwickeln, Mut zur Gegenrede, Probleme wahrnehmen und lösen, Ressourcen zeigen und Misandrie aufzeigen, wo immer sie auftritt. Die Frauen haben es im 20. Jahrhundert mit der Emanzipationsbewegung auch geschafft, ihre stereotype Geschlechtsrolle zu benennen und zu hinterfragen.

Michael Klein ist Professor für klinische Psychologie und Sozialpsychologie an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, Köln.